

Sächsisch Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint wöchentlich nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monat 3 M. (durch die Post 4 M.). Einzelne Nm. 15 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21 295 — Schriftleitung Nr. 14 574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtkontokonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile ober deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile ober deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Eingekauft 90 Pf. Ermäßigung auf Geschäftsangelegenheiten, Familiennachrichten u. Stellengesuche. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Diebstahlblätter der Verwaltung der Staatsschulden und der Landesfiskusrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsbuch der Landes-Brandversicherungskasse, Verkaufskarte von Holzplanken auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptredakteur Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 71

Dresden, Montag, 24. März

1924

Für eine Verständigung nach innen und außen.

Reichskanzler und Reichsaußenminister eröffnen die Wahlbewegung.

Oberfeld, 23. März.

Reichskanzler Marx sprach heute hier in der Stadthalle in einer öffentlichen Versammlung, mit der die Zentrumsparlei des Wahlkreises Dörfelberg-Or. die den Reichskanzler an die Spitze der Kandidatenliste gestellt hat, die Wahlbewegung eröffnete.

Der Reichskanzler führte etwa folgendes aus:

Der Reichstag ist aufgelöst. Das deutsche Volk soll sich eine neue gesetzgebende Vertretung geben. Überlegen wir uns ohne Leidenschaft und Voreingenommenheit: Was ist das Ziel unserer politischen Betätigung angesichts der Lage von Volk und Vaterland? Es kann nur eines sein: Die Wahrung der Einheit des Reiches und die Wiederherstellung unserer infolge des Krieges und der Wirren der Revolution zu Boden geworfenen Volksgüter.

Dieses Ziel hat dem Zentrum und den von ihm maßgebend beeinflussten Regierungen der letzten Jahre vorgeleuchtet. Alle Kraft hat es für die Erreichung dieses Zieles eingesetzt. Wir haben vor der Frage, die auch sehr noch die Weichenstellungen in hohem Maße erzeugt:

Welche Außenpolitik sollen wir treiben, um das gesuchte Ziel zu erreichen?

Dass der Friedensvertrag von Versailles untragbar ist, ist klare Einsicht des ganzen Volkes. Insbesondere schmerzt der Vertrag, weil die in ihm enthaltene Verschuldung Deutschlands, allein am Ausbruch des Krieges die Schuld zu tragen, durch eine objektive wissenschaftliche Forschung widerlegt ist. Kein Wunder, dass ein Teil des Volkes verlangt: Aufhebung gegen die Bestimmungen dieses Vertrages mit aller Macht, keine Nachgiebigkeit, keine Schwäche, sondern Verweigerung jeglicher Erfüllung.

Was würde die Folge sein, wenn dieser Weg eingeschlagen würde?

Der Sieger von Versailles ist im vollen Bewusstsein seiner Macht. Rücksichtslos bis zum äußersten würde er sie angewandt haben, falls wir mit großer Festigkeit die Erfüllung der uns auferlegten Verpflichtungen abgelehnt hätten. Wir sind ein waffenloses Volk. Geradezu Wahnsinn wäre es gewesen, den Gegner zu äußerster Gewaltanwendung zu reizen. Das Zentrum hat sich entschlossen, den Versuch zu machen, die schweren Lasten des Versailles-Vertrages bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit zu tragen, erfüllt von dem Gedanken, auf diesem harten Wege am ehesten die Befreiung Deutschlands von den ihm durch den Versailles-Vertrag auferlegten Fesseln zu erreichen. Schwer sind die Opfer, die das deutsche Volk infolgedessen hat tragen müssen. Erhalten geblieben ist dadurch aber die Einheit des Reiches.

Mit bewundernswertem Heroismus haben alle Deutschen an Ruhr und Rhein das schwere Schicksal getragen. Waffenlos, wie wir sind, hat das überfallene Volk nur den passiven Widerstand als einzige Abwehrmöglichkeit gehabt, aber auch ohne Erfolg. Trotz den Lehren, die jeder einsichtige Deutsche aus den bitteren Erfahrungen des passiven Widerstandes an der Ruhr ziehen muß, lauschen noch weitere Kreise des Volkes auf bewussten Klänge von Rachedurst und nationaler Entschlossenheit.

Man träumt von bewaffnetem Widerstand, obwohl unsere Waffenrüstung zertrümmert ist, obwohl auch niemand von denen, die so gern das Wort „national“ im Munde führen, sagen kann, wie ein bewaffneter Widerstand für uns möglich sein soll. Weit mehr scheint mir echte nationale Gesinnung zu sein, sich durch Übernahme schwerer und erkrüfter Pflichten im Dienste des Volksgutes auszeichnen, um Schwere von ihm fernzuhalten.

Die Wahlbewegung wird den inneren Parteien um die Führung der Außenpolitik wieder

verfügt aufleben lassen; trotzdem ist es meine Hoffnung und sicherlich die Hoffnung der gesamten Bevölkerung der schwerbedrängten Gebiete, daß das neue Parlament in seiner Mehrheit entschlossen ist, die Reparationsfrage zur endgültigen Erledigung zu bringen, einmütig in dem hohen nationalen Ziele durch materielle Opfer zur nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Freiheit.

Nach einem Hinweis auf die bevorstehenden Wahlen der Sachverständigen fuhr der Reichskanzler fort:

„Eine deutsche Partei allein vermag die ungeheuren Aufgaben, die die Zukunft bringen wird, nicht zu meistern. Deshalb muß auch das Zentrum sich nach Bundesgenossen umsehen, die gemeinsam mit ihm, das eine große Ziel der Rettung von Volk und Vaterland erstreben. Wer sollen diese Bundesgenossen sein?“

Wir sind bereit, mit jeder Partei zusammenzuarbeiten, die mit uns politische Arbeit zum Segen des Ganzen und des Einzelnen zu leisten gewillt ist. Damit glauben wir, wenn vielleicht auch nicht international, so doch ganz

gewiß recht national zum Besten von Reich und Volk tätig zu sein.

Nationale Politik ist, unserer Überzeugung nach, auch die Einheitspolitik, die Einheit des Reiches zu schützen und zu sichern auf dem Boden der in Weimar beschlossenen Verfassung. Unrecht ist es, ihr die Rechtsverbindlichkeit abzuschreiben. Das deutsche Volk war kraft Naturrechts berechtigt, nach dem Umsturz der gesamten Staatsordnung eine Vertretung zu wählen, die eine neue Verfassung beschließen sollte. In einwandfreier Form ist die Verfassung zustande gekommen, die am 14. August 1919 in Kraft getreten ist. Von da ab hat das Deutsche Reich eine neue Rechtsgrundlage gefunden, die nicht nur rechtsverbindlich für jeden Staatsbürger, sondern auch für jeden im Wesen verpflichtend ist.

Ein Verbrechen begeht, wer es unternimmt, gewalttätig oder widerrechtlich die Verfassung zu bürzen. Hochverrat ist jeder Versuch, auf nicht gesetzmäßigem Wege unsere Verfassungsmäßig festgelegte Staatsform zu ändern.

Wie wir im alten Reiche der Staatsautorität mit ihrer monarchischen Spitze in Treue gedient haben, so dienen wir auch in gleicher Treue der deutschen Republik.

Der Reichskanzler ging darauf in großen Zügen auf das

Verordnungswerk der Reichsregierung ein und sagte weiter:

„Eine gesunde Wirtschaft ermöglicht allein die materielle und kulturelle Wohlfahrt unseres Volkes. Die Förderung der Produktion heißt heute Anforderungen an alle Wirtschaftskreise, insbesondere an die Arbeitnehmer, die gewonnen sind, manche der zur Besserung ihrer hiesigen Lage geschaffenen Erleichterungen vorübergehend preiszugeben. Die Zentrumspartei empfindet es als eine sittliche Pflicht, das harte Los der arbeitenden Bevölkerung zu erleichtern, sobald die Möglichkeit dazu besteht. Mit Bedauern und mit sorgigem Unmut hat die Zentrumspartei in der letzten Zeit von

befragenswerten Zwangsmaßnahmen einzelner Arbeitgeber

gehört; sie hofft und erwartet, daß das Maßnahmen sind.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen bedauerte der Reichskanzler, daß das in der Verfassung vorgesehene Schlichtgesetz noch nicht zustande gekommen sei.

Der Kanzler schloß:

„Über lebenswichtige Fragen des deutschen Volkes wird der nächste Reichstag entscheiden müssen. Seine Zusammensetzung ist von ausschlaggebender Bedeutung. In der Hand der Wählerschaft liegt das Schicksal unseres Reiches. Wenn die radikalen Parteien von rechts oder von links eine parteiartige Bewegung ihrer Mitglieder erfahren, dann sind die Folgen unabsehbar.“

Für Herrn Poincaré wird es nichts Willkommeneres geben, als bei den französischen Wahlen auf eine parteiartige Zunahme der deutschfeindlichen Abgeordneten im Reichstag hinzuwirken zu können. Handelte es sich nicht um das Leben unseres Volkes, dann wäre es interessant, den Herren Deutschfeindlichen einmal für einige Zeit die Herrschaft zu überlassen. Die Entscheidung, die bevorsteht, ist aber zu ernst, um solche Verläufe veranlassen zu können.

An das deutsche Volk kann aber nur die Aufforderung ergehen: Sorge dafür, daß ein arbeitstüchtiger Reichstag zustande kommt, der nicht gewillt ist, das deutsche Volk in neue Abenteuer zu stürzen. Sorge für einen Reichstag, der den Weg erörtert, harter Arbeit weitergeht und zu bewahren und zu wehren trachtet, was wie in den letzten fünf Jahren an großen Erfolgen dem Wegener abgerungen haben. Ruhe im Innern verleiht am ehesten Verständigung

Vorbereitung einer internationalen Konferenz.

Die Labour Party für Herabsetzung der Reparations Schuld.

London, 23. März.

Der Finanzsekretär im Schatzamt, Graham, betonte in einer Rede die Wichtigkeit einer endgültigen Regelung der Reparationsfrage und die Festsetzung einer mäßigen Endsumme. Die Arbeiterpartei sei zwar der Ansicht, daß Reparationszahlungen geleistet werden müßten; sie hat aber niemals den Gedanken geäußert, daß eine übermäßige Summe erzielt werden könnte.

Erhöhte diplomatische Aktivität.

Paris, 22. März.

Der überraschende Entschluß der Expertenkomitees, das Wochenende zu einer Aussprache mit den zuständigen Londoner Stellen zu benutzen, hat zusammen mit dem Gerüchten von einem für die aller nächste Zukunft in Aussicht stehenden Zusammenreffen zwischen Ramsay MacDonald und Poincaré hier und in London zu den gewagtesten Kombinationen und kommentarlosen Anlässen gegeben, die es schwer machen, aus dem Wirrwarr widersprüchlicher Informationen den wahren Kern herauszufischen. Sicher ist jedenfalls das eine, daß die erhöhte diplomatische Aktivität der letzten Tage ihren Grund in den Schwierigkeiten hat, auf die die Beratungen der Expertenkomitees gestoßen sind.

Diese Schwierigkeiten sind meist politischer Natur und machen deshalb Entscheidungen der Regierungen selbst erforderlich. Von dieser Notwendigkeit scheint man sich sowohl in Paris wie in London nunmehr Rechenschaft gegeben zu haben. Der seit Mitte der Woche zwischen beiden Kabinetten geführte außerordentlich rege Meinungsaustausch sieht damit in engstem Zusammenhang und es ist wahrscheinlich, daß der Gedanke einer Begegnung zwischen Poincaré und Ramsay MacDonald als Vorbereitung einer internationalen oder vielleicht sogar internationalen Konferenz greifbarer Gestalt als bisher angenommen hat. Alle diese Dinge aber sind vorläufig noch im Fluß und die darüber verbreiteten Meldungen müssen als zum mindesten stark verfräht bezeichnet werden.

Zutreffend ist andererseits, daß die englisch-französischen Verhandlungen nicht allein das Reparationsproblem zum Gegenstand haben, sondern daß die Frage der französischen Sicherheit dabei eine sehr gewichtige Rolle spielt. Wenn auch in Frankreich in der breitesten Öffentlichkeit die Bereitschaft zu einer Lösung im Rahmen des Völkerbundes, wie sie am Freitag u. a. vom „Temps“ ausgesprochen wurde, sehr lässlich an Boden gewinnt, so ist es doch keineswegs sicher, daß die neuen Vorschläge, welche die französische Regierung in London hat unterbreiten lassen, von diesen Tendenzen inspiriert sind.

Der nicht erfolgte Briefwechsel.

London, 23. März.

Der Briefwechsel MacDonald-Poincaré über die Frage der französischen

Sicherung, die baldige Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund und das Angebot, die britischen Streitkräfte gegen jeden Friedensstörer einzusetzen, wird sowohl in Paris wie in London offiziell dementiert. Das Zementlunget jedoch nur, daß gegenwärtig ein Briefwechsel stattfindet. Es ist jedoch unklar, daß ein Gedankenansatz über diese Punkte neuerdings stattgefunden hat. Jedenfalls nicht ist, daß der französische Gesandte in London das Auswärtige Amt letzten Monats und dieser Besuch der Aussprache über die Punkte gegolten hat, die als Inhalt des Briefes MacDonald bezeichnet werden. Es werden fernerhin ohne Zweifel Besprechungen gepflogen, welche die Wiederherstellung der französisch-britischen Entente, allerdings zugunsten der Aufrechterhaltung des europäischen Friedens zum Ziel haben.

Der französische Botschafter bei MacDonald.

Paris, 24. März.

Der „Petit Parisien“ bespricht in einem offenbar berechneten Artikel den Schritt, den der französische Botschafter heute beim englischen Premierminister unternehmen soll. Vom anerkennenden Wunsch befehle, eine Friedensatmosphäre in Europa zu schaffen, habe MacDonald in seinen Reden und den Briefen an Poincaré sich bereit erklärt, das Sicherheitsproblem wieder anzunehmen. Allerdings verleihe er es als allgemeine europäische Frage, die England, verbunden mit der Beratung und Verabredung über das allgemeine Schlichtungsverfahren, zu lösen gedenke. Die heutige Unterredung zwischen dem Premierminister und dem Botschafter, der den schon genannten bekannten französischen Standpunkt noch einmal darlegen werde, werde Gelegenheit gegeben sein, den Standpunkt des neuen englischen Kabinetts in präziserer Form kennen zu lernen. Aber man dürfe dieser Aussprache keine größere Bedeutung beilegen und in ihr nicht etwa die Fortsetzung des zwischen MacDonald und Poincaré ausgetauschten Briefwechsels oder das Vorspiel zu weitergehenden Verhandlungen erblicken.